



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

PROTESTE UND SOZIALE MEDIEN

■ ANALYSE	
Proteste im Sommer 2011: Was hat die »Revolution durch das soziale Netz« erreicht?	2
Von Anna Shirokanova, Minsk	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Internet-Nutzung	6
Politische und soziale Lage	8
<hr/>	
■ CHRONIK	
Chronik vom 27. Juli bis zum 26. September 2011	11



IBB Internationales
Bildungs- und Begegnungswerk



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Proteste im Sommer 2011: Was hat die »Revolution durch das soziale Netz« erreicht?

Von Anna Shirokanova, Minsk

Zusammenfassung

Spontane Proteste, die über soziale Netzwerke organisiert werden, haben das politische Leben Belarus' in Aufruhr versetzt. Die Bewegung, die diese Proteste organisierte, bediente sich – im Vergleich zu anderen politischen Kräften – innovativer Methoden und konnte eine Vielzahl neuer Mitglieder gewinnen. Ab August 2011 beschränkte sie sich allerdings wieder auf den online-Bereich. Vor dem Hintergrund des neuen großen Einflusses sozialer Netzwerke auf politische Ereignisse weltweit geht es in Belarus nicht um eine »Revolution« im herkömmlichen Sinne, sondern eher um die Formierung einer neuen politischen Kraft, die wiederum zur Formierung einer Bürgergesellschaft beitragen kann.

Proteste im Sommer 2011

Die Proteste vom Sommer 2011 in Minsk und anderen Städten Belarus' wurden zu einem unerwarteten Massenereignis, organisiert von einer Gruppe des bekanntesten sozialen Netzwerkes in Belarus, VKontakte (in Kontakt), mit dem Namen »Revolution durch das soziale Netz«. Menschen, die aufgrund der Politik im Land und der schweren Wirtschaftskrise unzufrieden waren, gingen auf die Straße.

Die Aktionen begannen am 8. Juni 2011 und fanden jeden Mittwoch in Minsk und anderen Städten statt. Die Teilnehmer sollten keine Fahnen mitbringen oder Losungen skandieren. Äußerlich erinnerten die Aktionen an Flashmobs: Die Teilnehmer sangen Lieder, klatschten sich gegenseitig in die Hände, telefonierten mit ihren Handys oder taten gar nichts. Nach Schätzungen kamen bei der ersten Aktion 400 Menschen in Minsk und noch einmal so viele in anderen Städten des Landes zusammen. Zur zweiten Aktion kamen einige tausend Menschen (damit war sie die bisher bestbesuchte), obwohl der Versammlungsort, der Oktoberplatz in Minsk, mit Absperrungen verriegelt war. Die Miliz und die Spezialeinheit OMON drängten die Protestierenden zurück und 135 Menschen wurden festgenommen. Auf internationaler Ebene reagierten die USA, Russland und die Europäische Union auf die Proteste. Im Juli kam es in Kiew, Moskau, Stockholm, London, Lwiw und Donezk zu Solidaritätsaktionen mit den Protestierenden. Die dritte Aktion fand am 22. Juni statt. Ungefähr 3.000 Menschen versammelten sich in Minsk und noch einige mehr in über 30 anderen Städten des Landes. Nach Schätzungen des Zentrums Wjasna (Frühling) wurden dabei 450 Menschen festgenommen. Für die Begleichung der Strafen, die wegen geringfügigem Hooliganismus gegen die Beschuldigten verhängt wurden, sammelte man Spenden über das Internet. Insgesamt wurden nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Wjasna etwa 2.000 Menschen im Laufe der »Schweigeproteste« festgenommen.

Proklamiertes Ziel der Kampagne war es, am 3. Juli bis zu einer Million Menschen zu versammeln – am Tag der Unabhängigkeit also, dem zentralen staatlichen Feiertag, der mit Militärparaden und einer Ansprache des Präsidenten begangen wird. Die politische Führung des Landes reagierte darauf mit dem massenhaften Einsatz von Truppen der Miliz und anderer Apparate der Exekutive, blockierte die Internetseiten der sozialen Netzwerke an den Protesttagen und verbreitete sogar Falschmeldungen über Versammlungsorte. In den staatlichen Medien wurden die Proteste als Ergebnis der Arbeit ausländischer Geheimdienste dargestellt. Am 3. Juli gab es dann eine Durchsuchung bei den Betreibern des sozialen Netzwerkes »Revolution durch das soziale Netz« und die Gruppe, zu der mehr als 200.000 Teilnehmer gehörten, wurde geschlossen. Ende Juli wurde ein Gesetzesprojekt vorgestellt, das die Genehmigungspflicht für Protestposten (piket) ausweiten sollte und diese als »massenhafte Anwesenheit von Bürgern an einem vorher festgelegten öffentlichen Ort (auch unter freiem Himmel) und zu einem festgelegtem Zeitpunkt zur Durchführung einer vorher verabredeten Handlung oder des Nichtstuns, organisiert (auch über das globale Computernetz Internet oder andere Informationsnetze), um persönlichen gesellschaftlich-politischen Ansichten oder Protesten öffentlich Ausdruck zu verleihen«, definiert.

Unerwartet großer Zulauf

Experten betonen die Bedeutung der durchgeführten Aktionen für das politische Leben im Land. Auf Aufruf der Organisatoren waren in mehr als 30 Städten Menschen auf die Straßen und Plätze gegangen – in den Groß- und in den Kleinstädten. Das ist an sich schon ungewöhnlich für politische Aktionen in Belarus: Die traditionellen demokratischen und politischen Akteure erfahren gewöhnlich keine breite Unterstützung, zu ihren Veranstaltungen kommen meist nur relativ wenig Menschen. Die Organisation der Protestierenden

den mithilfe des sozialen Netzwerkes war daher eine Überraschung für die politische Führung und auch für viele Vertreter der Opposition. Warum versammelten sich im Unterschied zu den Treffen und Demonstrationen an traditionellen Gedenktagen wie dem 25. März (Jahrestag der Gründung der Belarussischen Volksrepublik) und dem 26. April (Tag der Erinnerung an die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl) an diesen Sommerabenden so viele Menschen?

Die durchgeführten Protestaktionen stellen einen neuen Organisationstyp dar, basierend auf dem Internet-Aktivismus. Kernpunkt dieses Typs ist, dass sich durch online-Handlungen innerhalb der sozialen Netzwerke und in anderen neuen Medien bei verschiedenen Gruppen eine kollektive Identität und ein besonderer strategischer Blick auf das Geschehen im Land herausbildet – und beides sich dann in offline-Handlungen realisiert. Die Internet-Aktivität verringert wesentlich den Zeit- und Geldaufwand, der für die Kommunikation der Teilnehmer nötig ist und Mitteilungen erhält jeder Interessierte separat, ohne sich in vorhandene politische Strukturen integrieren zu müssen. Darüber hinaus ist es für den Einzelnen leichter einen eigenen Beitrag zu der gemeinsamen Sache zu leisten, sei es das Spendensammeln für die Begleichung von Strafzahlungen für Verurteilte oder die Teilnahme an Protestaktionen.

Immer mehr Nutzer

Seit 2007 werden die horizontalen Plattformen (richten sich an die breite Öffentlichkeit) der sozialen Medien in Belarus immer stärker genutzt, insbesondere die sozialen Netzwerke (führend sind die in Russland angesiedelten VKontakte und Odnoklassniki/Klassenkameraden) sowie Blogs (LiveJournal) (siehe Tabelle). In den letzten drei Jahren hat sich die Zahl der Internetnutzer in Bela-

Tabelle 1: Populärste soziale Medien 2010

Vkontakte.ru
Youtube.com
LiveJournal.com
Wikipedia.org
Facebook.com
Odnoklassniki.ru

Quelle: zit. nach Sokolova, Marina: *Internet i onlajnowye media*, in: Anatolij Pankowskij / Walerija Kostjugowa (Hg.): *Belorusskij ezhegodnik 2010*, Minsk 2011, S. 201–214, hier S. 208, http://nmnby.eu/content/images/by_2010_rus.pdf

rus um ein Drittel erhöht (Grafik 1, S. 6). Heute nutzen 47 % der Bevölkerung im Alter von über 15 Jahren das Internet. Zudem ist das Internet-Auditorium in Belarus ein sehr junges: Zwei Drittel der Nutzer sind unter

35 Jahre alt (Grafik 2, S. 6). Studenten und Menschen mit einer Hochschulausbildung stellen 46 % aller Nutzer. Der starke Anstieg der Internetnutzer, von denen die meisten jung und gut ausgebildet sind, eröffnet die Möglichkeit, auch Jugendliche zu mobilisieren, die nicht unbedingt wählen gehen und viel Zeit in den sozialen Netzwerken verbringen.

Der Einfluss der sozialen Netzwerke stieg nach und nach. 2009 wurde die Gruppe »Bewegung der Zukunft«, die zu diesem Zeitpunkt bereits 100.000 Mitglieder hatte, bei VKontakte als gesellschaftliche Organisation registriert. Ihre Tätigkeit richtete sich auf die »Vereinigung aller Bürger des Landes zur Lösung der sozialen Probleme, zur Verbreitung eines gesunden Lebensstils, zur Entwicklung der Bürgergesellschaft und der Kultur«. Somit war in Belarus erstmals eine online-Community selbstorganisiert in eine legale offline-Bewegung übergegangen, die gleichzeitig ihre online-Ressourcen ausbaute. Es wurden Informationsveranstaltungen zum Thema Gesundheitsschutz und zur Aufhebung des Visaregimes für EU-Bürger (2009) organisiert. Parallel dazu gab es weitere kurzfristige offline-Aktionen, die den Bürgeraktivismus stimulierten.

Eine Besonderheit des Internetgebrauchs in Belarus ist, dass neben den horizontalen Plattformen auch Nachrichtenportale unter den beliebtesten Seiten zu finden sind. (Grafik 3, S. 7) Aufgrund des beschränkten Zugangs zu Informationen in den Medien suchen die Menschen aktuelle Informationen im Internet und diskutieren diese online. Das Internet ist eine Quelle für Informationen von nicht-staatlichen und ausländischen (auch russischen) Medien. Es wurde zudem zu einem alternativen Ort für politische Debatten und öffentliche Diskussionen über die politischen Ereignisse in Belarus. Blogs, Internet-Communities, Diskussionsforen in online-Medien – all das sind Orte, an denen über die politische Führung geredet und diese kritisiert wird, wodurch sich gleichzeitig die politische Position ihrer Nutzer formt und verbreitet.

Politische Nutzung des Internets

Ungeachtet des starken Anstiegs der Zahl der Internetnutzer wurde das Internet bis zum Sommer 2011 nur in geringem Umfang für politische Kampagnen genutzt. Diese Kampagnen, so auch die zur Präsidentschaftswahl 2010, setzten eher auf direkte Agitation und traditionelle Medien, wenngleich sich manch ein Politiker auch einen eigenen Blog zugelegt und hin und wieder getwittert hat. Die sozialen Netzwerke als Ressource zur Konsolidierung und Mobilisierung der Wähler blieben aber im Großen und Ganzen ungenutzt und dienten lediglich der Verbreitung von Informationen über die Politiker. Erst die Stille auf der politischen Bühne,

die nach der gewaltsamen Auflösung der Demonstrationen vom 19. Dezember und den politischen Prozessen gegen die Demonstranten eintrat, führte zu einer größeren Internet-Aktivität.

Diskussionen über die politischen Prozesse, die Wirtschaftskrise und internationale Ereignisse entfalteten sich in online-Diskussionen und -Communitys. Die im Vorfeld der Wahlen angewachsenen Demokratieerwartungen ließen die Internetnutzer immer aktiver werden. So wurde nach den Wahlen intensiv das Schicksal der Inhaftierten diskutiert, über das Internet wurden warme Anzielsachen und Lebensmittel gesammelt, aber auch Geld für die Strafzahlungen der am 19. Dezember Verhafteten. In den online-Medien wurden die Prozesse gegen die ehemaligen Präsidentschaftskandidaten genau verfolgt, es wurden russische und internationale Nachrichten, die eine andere Sicht auf die Ereignisse lieferten, verbreitet. Erstmals war das Internet zum wichtigsten Kanal für die Organisation lokaler Aktivitäten und für die Kommunikation geworden.

Auch die Explosion in der Minsker Metro im April 2011 und der deutlich spürbare Preisanstieg bei verschiedensten Waren riefen Diskussionen über mögliche Erklärungen hervor und ließen die Nutzer nach weiteren Reaktionen auf das Geschehen im Internet suchen. Spontan entwickelten und verbreiteten sich in den beliebtesten Netzwerken Losungen, die die Emotionen und die Enttäuschung der Nutzer in Bezug auf den Wahlverlauf, die brutalen Verhaftungen, die Abkehr von Europa, die Explosionen in der Metro und die schwere Finanzkrise thematisierten. Im Vorfeld der ersten Aktion der Gruppe »Revolution durch das soziale Netz« gab es eine erfolgreiche Aktion gegen die Anhebung der Benzinpreise (Stopp-Benzin), bei der für zwei Stunden der Verkehr in der Hauptstadt lahmgelegt wurde. Am folgenden Tag wurden die Benzinpreise zeitweilig gesenkt.

Spontane Bürgeraktionen gab es in Belarus aber auch schon früher. Mithilfe solcher Kampagnen wurde z. B. der »Kampf für den Kefir« (2007) – für die Erhaltung der Produktion von fettfreiem Kefir für Diabetiker – durchgeführt: Hier schafften es die Bürger eine gesellschaftliche Veränderung durchzusetzen. Dieser Erfolg sollte die Teilnehmer an den jüngsten Aktionen in ihrem Vorhaben bestärken und motivieren.

Rückzug und Vormarsch

Parallel zur wachsenden Bedeutung des Internets als Kanal für den Informationsaustausch und die Formierung erfolgreicher Bürgerkampagnen nahm der Staat den Kampf gegen den Internet-Aktivismus auf. 2010 führte die belarussische Regierung die Internetüberwachung und spezielle Filter ein. Mit dem am 1. Februar 2010 unterzeichneten Präsidialerlass Nr. 60 und anderen

Dokumenten wurde angeordnet, eine Liste mit Seiten unerwünschten Inhalts (darunter einige Nachrichtenseiten) zu erstellen. Nach dem 19. Dezember wurde in öffentlichen Einrichtungen der Zugriff auf einige Nachrichtenseiten wie z. B. www.charter97.org beschränkt. Trotz dieser Eingriffe kam es im Juni und Juli 2011 zu den bereits beschriebenen über das Soziale Netz organisierten Protesten in einer für Belarus bisher einmaligen Form. Dies erklärt sich vor allem mit der wachsenden allgemeinen Unzufriedenheit der Bevölkerung sowie der ständigen Thematisierung der Revolutionen in Nordafrika und der Beteiligung der sozialen Netzwerke daran auf internationaler Ebene. Seit April 2011 verlor der Staat, der in Person des Präsidenten die sozialen Erwartungen der Bevölkerung enttäuscht hatte, in großem Umfang an Unterstützung. Soziologische Umfragen des unabhängigen Instituts IISEPS vom Juni 2011 zeigen, dass das Vertrauen in den Präsidenten seit Dezember 2010 von 55 % auf 36 % gesunken ist (Grafik 1, S. 8). Drei Viertel der Befragten sehen eine Verschlechterung ihrer materiellen Lage in den letzten drei Monaten (Grafik 2, S. 9) und mehr als die Hälfte denkt, dass sich die Situation im Land in den kommenden Jahren weiter verschlechtern wird (Grafik 3, S. 9). Dazu gehören vor allem diejenigen, die vor dem Hintergrund sinkender Löhne und der schweren Wirtschaftskrise den Informationen aus den staatlichen Medien immer weniger Glauben schenken. Mit dem Vertrauensverlust gegenüber der Führung gehen eine wachsende Unzufriedenheit und immer größere Spannungen in der Bevölkerung einher. Dabei sind die offenen, anonymen und massenhaften Proteste, die über das Internet koordiniert werden, für den Staat besonders schwer zu kontrollieren. Die Teilnehmer sind nicht an eine konkrete politische Organisation gebunden; gemeinsame Entscheidungen in Bezug auf die Proteste sind eher als Empfehlungen denn als Anweisungen zu verstehen; die Teilnehmer sind weitgehend autonom. In einer Situation des bedingungslosen Dominierens des Staates in den traditionellen Medien und der Verfolgung gesellschaftlicher Organisationen ist die Autonomisierung und der Rückzug ins Private für viele einfache Bürger zu einer aktiven Überlebensstrategie geworden. Die Autonomie und Offenheit der Aktionen mögen deshalb besonders attraktive Merkmale dieser Form der Beteiligung sein.

Neue Form des Protests

Revolutionär an der Bewegung war, dass die Aktionen online geplant und offline realisiert wurden. Früher kam es infolge einer offline-Konsolidierung zur Bildung einer online-Community. Nun aber fand die Mobilisierung online statt, Entscheidungen über die Durchführung wurden kollektiv unter Gleichen getroffen und

statt der Organisatoren traten die Administratoren der Netzwerk-Gruppe an die Öffentlichkeit. Die Mobilisierung für kurze Zeit – die Aktionen vom Juni dauerten 40 Minuten bis eine Stunde – war geeignet, um mal »Dampf abzulassen«, da es ansonsten für die Wähler keine Möglichkeit gab, die politische Führung öffentlich zu kritisieren. Die traditionellen politischen Akteure waren von der Durchschlagskraft dieser neuen Organisationsform völlig überrascht, insbesondere in den Kleinstädten.

Die Mehrzahl der Experten bringt gewöhnlich den Anstieg des Internet-Aktivismus mit den jüngsten Ereignissen in Nordafrika in Verbindung und lässt die schon länger währenden Entwicklungen in Belarus außer Acht. Schon nach den Präsidentschaftswahlen im März 2006 und der Räumung der Zeltstadt der Demonstranten auf dem Oktoberplatz hatte man von einer »neuen Opposition« zu sprechen begonnen, deren Interessen die damaligen politischen Strukturen nicht bereit waren zu vertreten. Derzeit wird ein neuer Typ von Protestbewegungen geschaffen und der »Schweigende Mittwoch« zum historischen Fakt: Über die Proteste wird gesprochen und sie können zu einer Stütze bei der Organisation neuer politischer Aktivitäten werden.

Der Grund für den Rückzug der Gruppe »Revolution durch das soziale Netz« in den online-Bereich liegt in der Struktur selbst, die eine zielgerichtete Mobilisierung anstrebt, d. h. die Durchführung von Kampagnen zur Verwirklichung konkreter Veränderungen und nicht die bloße Verkündung politischer Losungen. Die online-Bewegung schaffte es, viele Menschen anzuziehen und vermittelte der Bevölkerung die Erfahrung der unmittelbaren Beteiligung am politischen Geschehen. Der Erfolg der Aktionen hat gezeigt, dass das Internet, auch wenn es als herkömmlicher Informationskanal genutzt wird, auf besondere Art und Weise mobilisiert: Die Teilnehmer können sich an einer Vielzahl von Treffpunkten für kurze Zeit gleichzeitig einfinden und die allgemeine Aufmerksamkeit erregen.

Die Teilnahme an Internet-Aktionen und Bürgeraktivismus erzeugt ein Gefühl des Beteiligtseins am öffentlichen Leben und motiviert zu weiterem bürgerschaftlichen Handeln. Viele Menschen zogen aus diesen Aktionen Erfahrungen im Bereich online-Aktivismus und politische Massenaktionen. Für sie wurde das Rausgehen auf die Straße zu einem moralischen Sieg über die Angst vor dem Kontakt mit der politischen Führung. Einige Beobachter sprechen bereits von der Entwicklung einer neuen Zivilgesellschaft.

Ein neuer Akteur?

Manche Experten meinen, dass aus der Bewegung auch neue Politiker hervorgehen könnten. Allerdings wurden die Aktionen während der Sommerzeit vor dem Hintergrund der Inhaftierung der Protestierenden und ihrer drohenden Kriminalisierung eingestellt. Mitte August wandte sich ein Gründungsmitglied der Gruppe »Revolution durch das soziale Netz« mit einem offenen Brief an belarussische Oppositionspolitiker. Wjatscheslaw Dianow hatte sich seit 2008 an der Organisation politischer Kampagnen beteiligt und lebt seit 2011 in Polen. In seinem Brief rief er zu einer gemeinsamen Vorbereitung auf eine »Volksversammlung«, ein Massentreffen, das nach der Sommerpause am 8. Oktober parallel in Minsk und anderen Städten stattfinden soll, auf.

Die traditionellen politischen Parteien haben sich nun mit der Gruppe offiziell darauf geeinigt, eine entsprechende Großveranstaltung im Oktober vorzubereiten. Möglicherweise entwickelt sich diese soziale Bewegung zu einem neuen unabhängigen politischen Akteur in Belarus. Das Ansehen der politischen Führung ist in ungekannte Tiefen gesunken und nun muss sie sich in Zeiten mangelnden Vertrauens aus dieser Krise wieder herausarbeiten. Der Erfolg der Kampagnen, die auf Internet-Aktivismus begründet sind, fordert eine andere, vorsichtigere und bedachtere Zusammenarbeit zwischen Führung und Publikum.

Übersetzt aus dem Russischen von Judith Janiszewski

Über die Autorin:

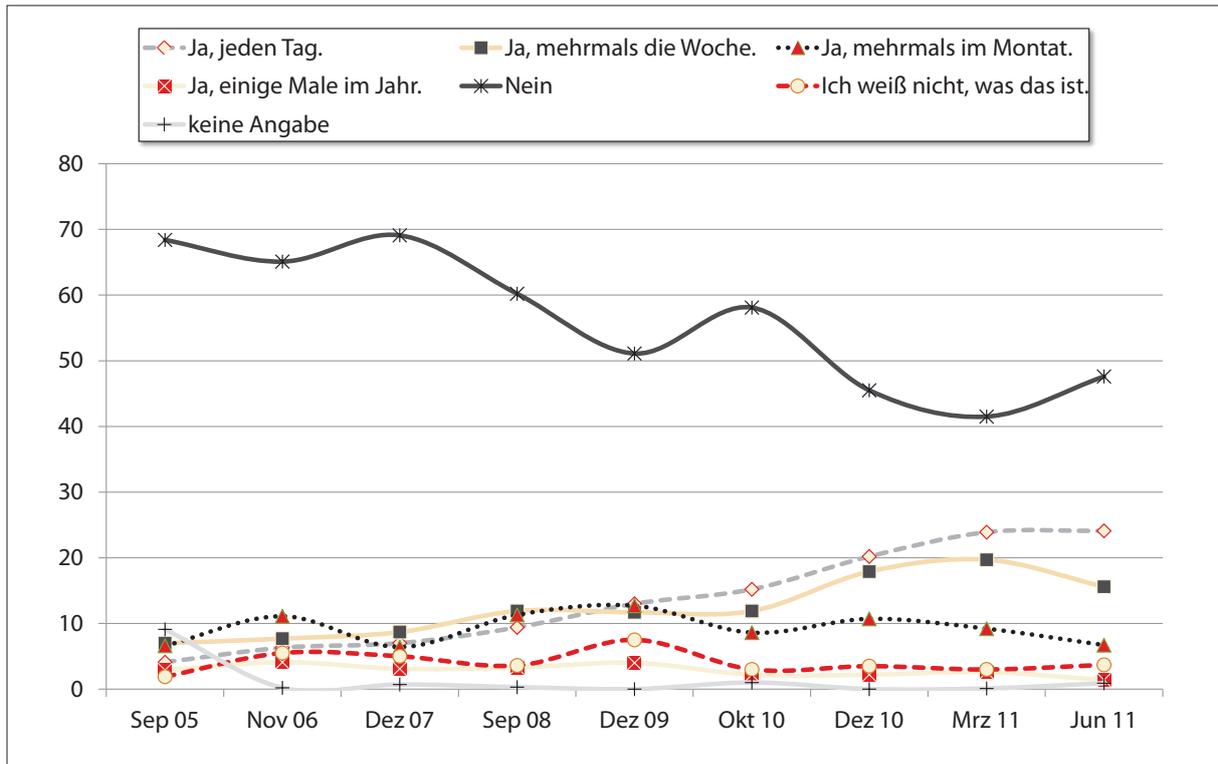
Anna Shirokanova ist Politikwissenschaftlerin sowie Soziologin und unterrichtet an der Staatlichen Belarussischen Universität. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehört die Kommunikation im Internet. Zuletzt erschien ihr Aufsatz: *The Phenomenon of Minsk: The City Space and The Cultural Narrative*, in: *LIMES: Cultural Regionalistics*, 2011, Jg. 4, Nr. 1, S. 21–35 (mit L.G. Titarenko).

Lesetipps:

- Sokolova, Marina: *Internet and Online Media*, in: *Belarussian Yearbook 2010*, Minsk 2011, <http://www.belinstitute.eu/by-2010en/sokolova-en.html>
- *Do you CEE?*, IAB and Gemius report on the development of the Internet in Central and Eastern Europe, Kapitel zu Belarus S. 24–39, <http://www.internetcee.com/home.html>

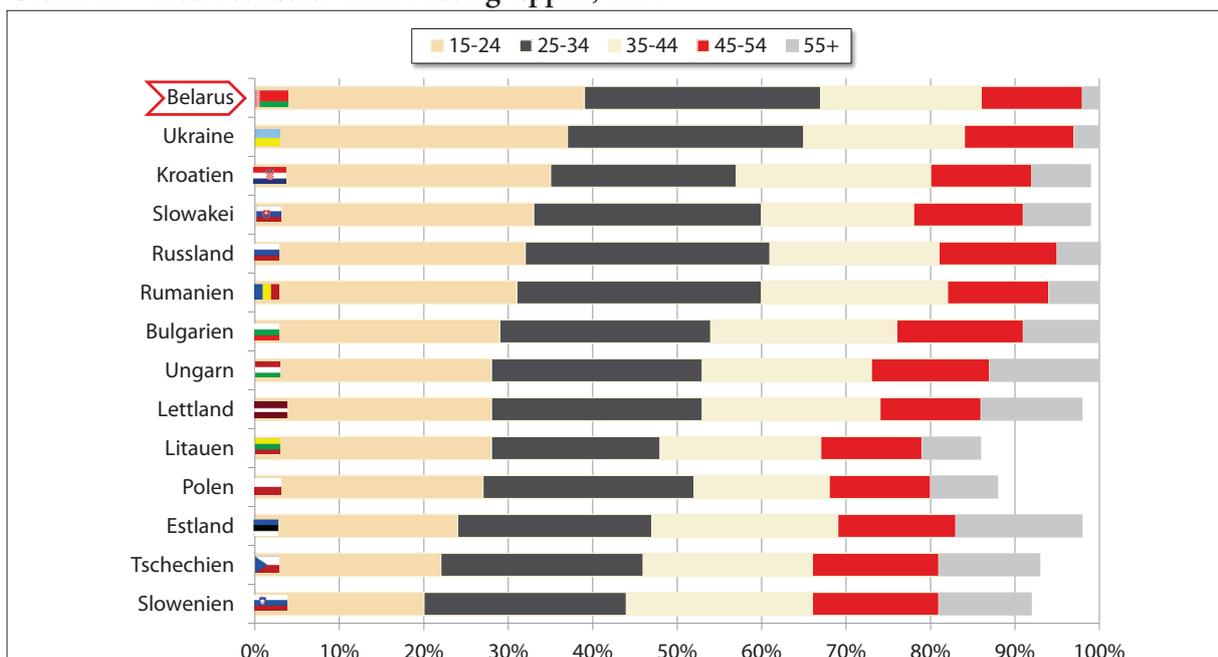
Internet-Nutzung

Grafik 1: Nutzen Sie das Internet? (%)

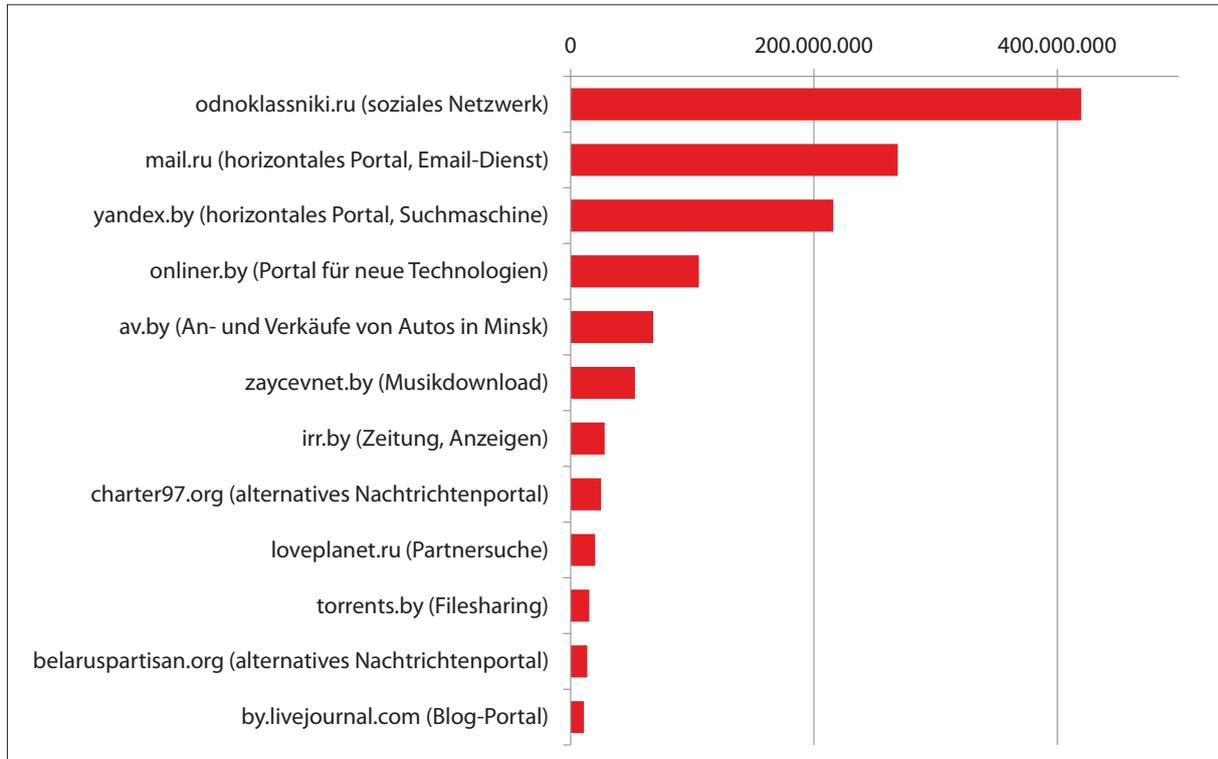


Quelle: Unabhängiges Institut für sozialökonomische und politische Forschung, <http://iiseps.org/trend.html>

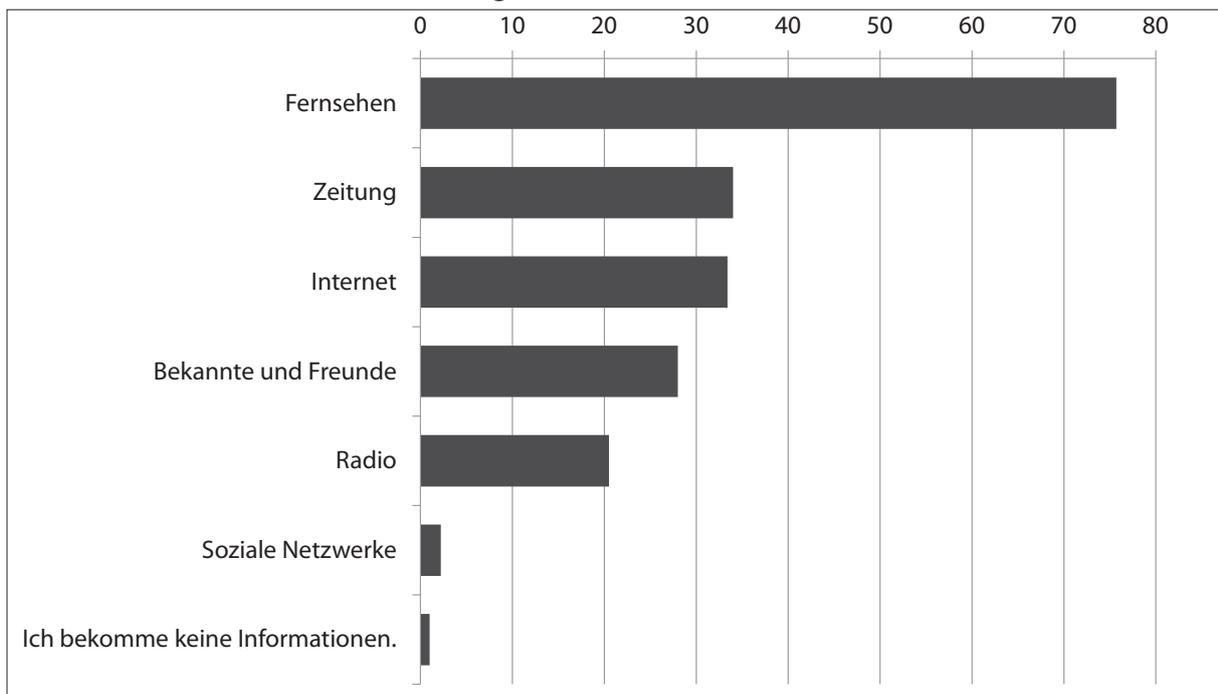
Grafik 2: Internetnutzer nach Altersgruppen, 2010



Quelle: Gemius, http://gemius.com/files/do_you_cee_infographics.jpg

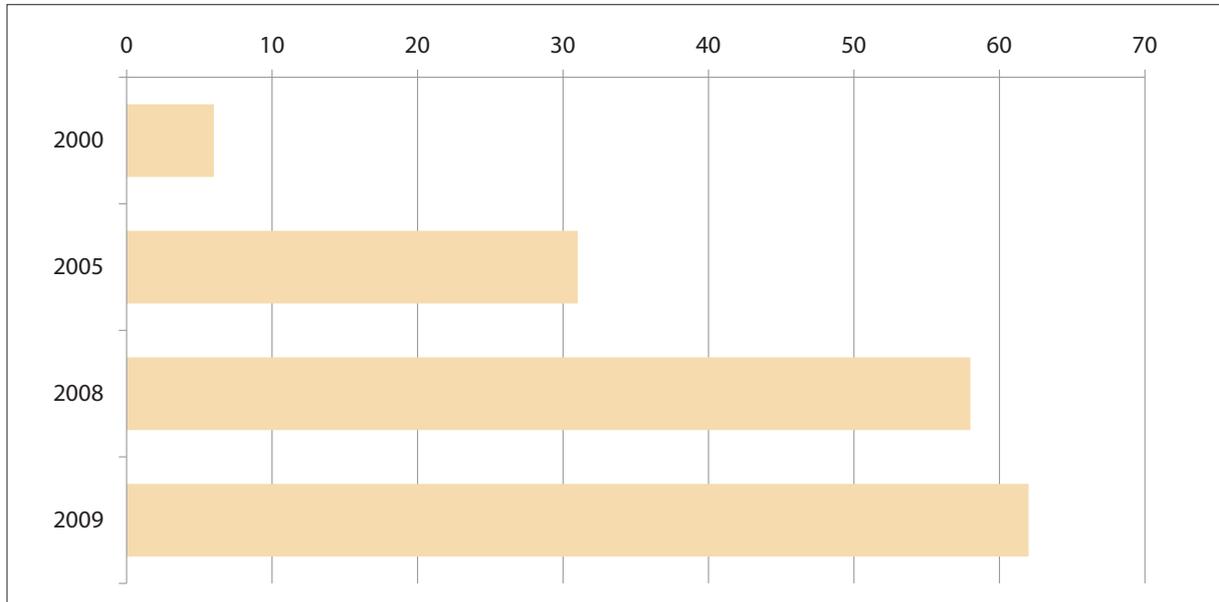
Grafik 3: Die zehn am häufigsten besuchten Seiten im August 2011

Quelle: Gemius, <http://www.audience.by/pages/display/page-views>

**Grafik 4: Woher bekommen Sie im Allgemeinen Ihre Informationen?
(mehr als eine Antwort möglich)**

Quelle: repräsentative Umfrage des Unabhängigen Instituts für sozialökonomische und politische Forschung vom 10. bis 20.5.2011, <http://iiseps.org/data11-151.html>

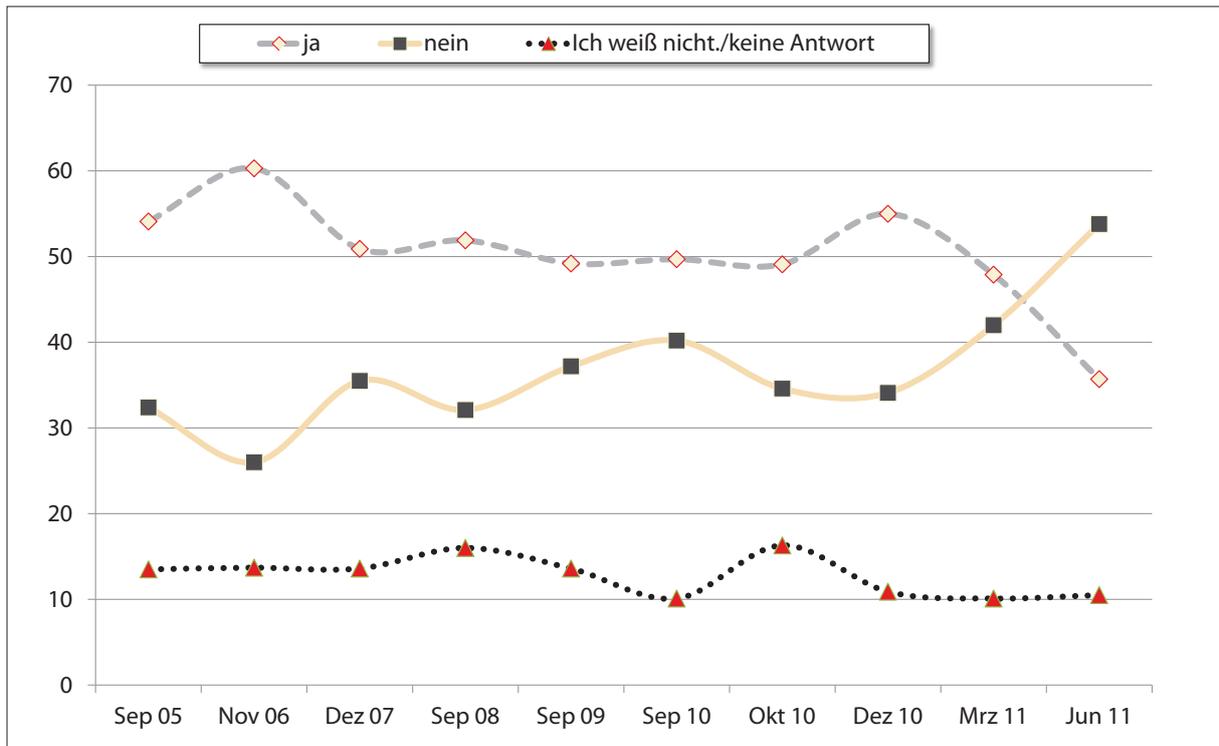
Grafik 5: Versorgung von Privathaushalten in Minsk mit Computern (pro 100 Familien)



Quelle: *it.tut.by*, 30.10.2009, <http://it.tut.by/189045>

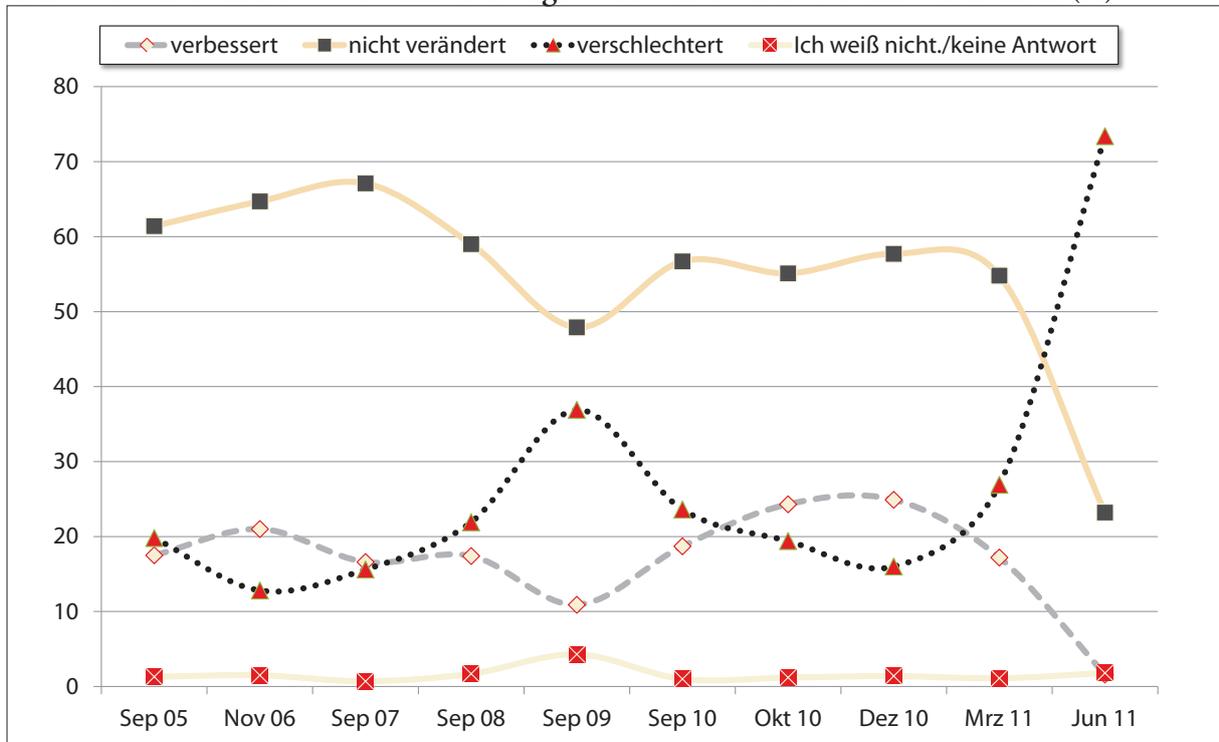
Politische und soziale Lage

Grafik 1: Vertrauen Sie dem Präsidenten von Belarus? (%)



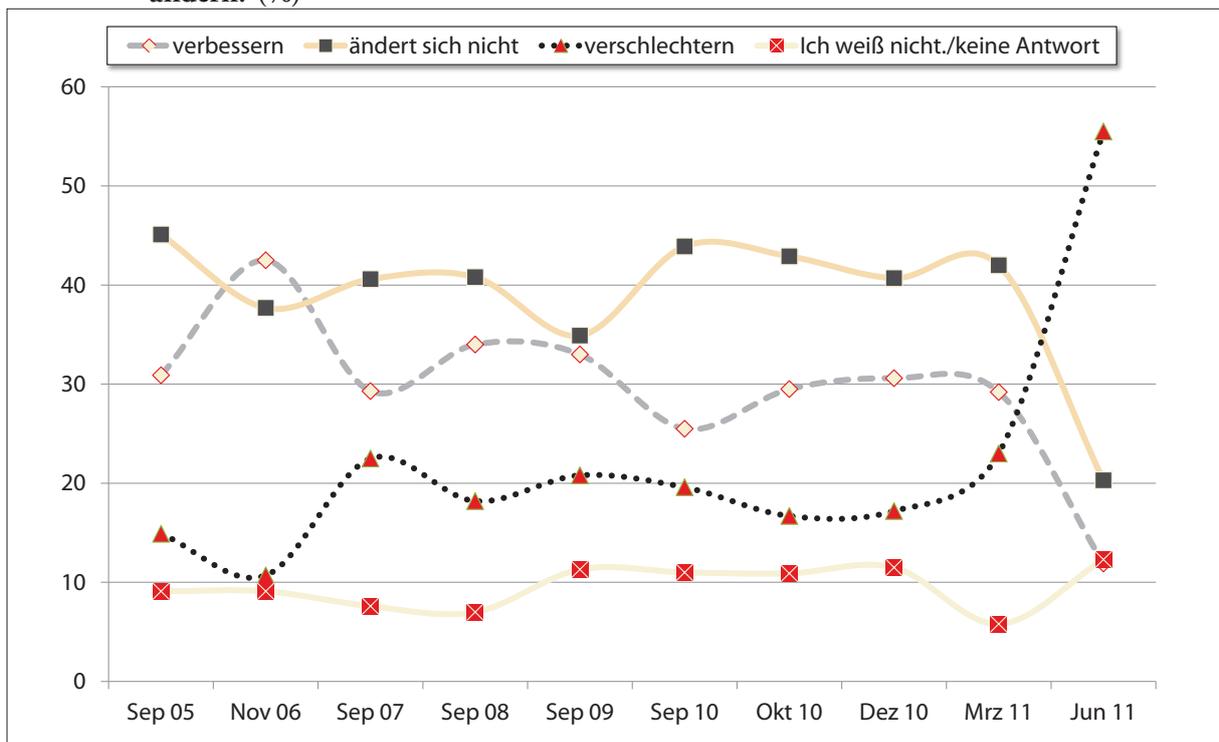
Quelle: *Unabhängiges Institut für sozialökonomische und politische Forschung*, <http://iiseps.org/trend.html>

Grafik 2: Wie hat sich Ihre materielle Lage in den letzten drei Monaten verändert? (%)



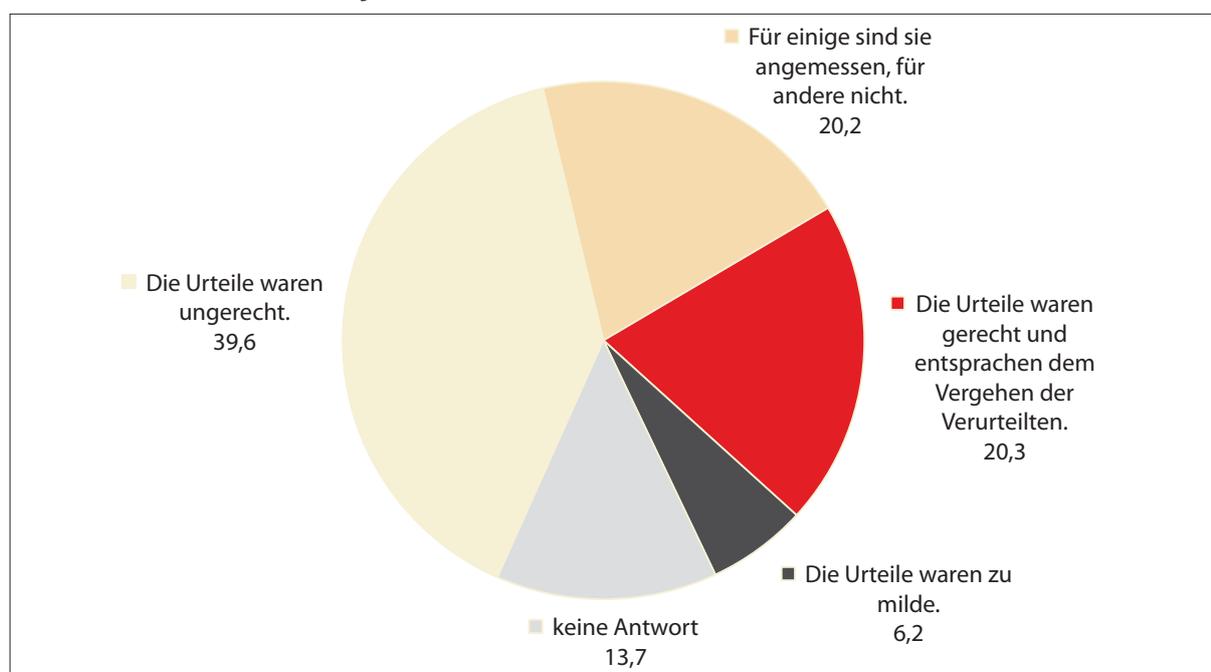
Quelle: Unabhängiges Institut für sozialökonomische und politische Forschung, <http://iiseps.org/trend.html>

Grafik 3: Wie wird sich die sozialökonomische Situation insgesamt in den nächsten Jahren verändern? (%)



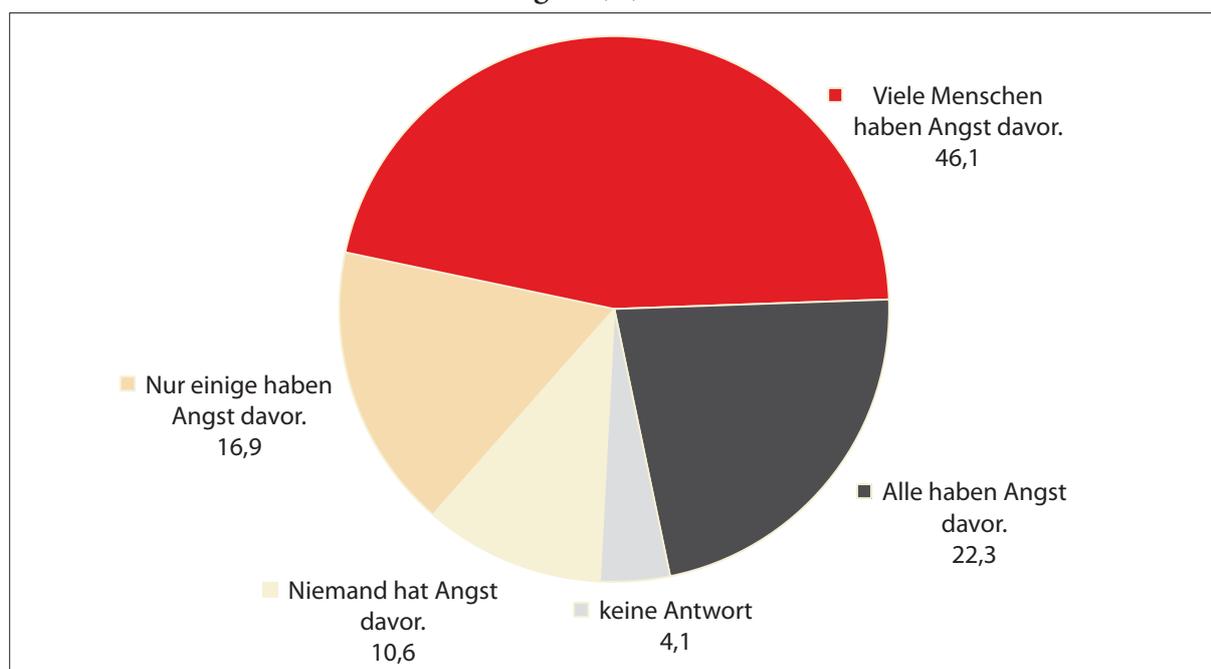
Quelle: Unabhängiges Institut für sozialökonomische und politische Forschung, <http://iiseps.org/trend.html>

Grafik 4: In den letzten Monaten sind einige Dutzend Menschen, darunter auch einige Präsidentschaftskandidaten, wegen Beteiligung an den Massenunruhen vom 19. Dezember 2010 zu bis zu 6 Jahren Haft verurteilt worden. Wie bewerten Sie diese Urteile? (%)



Quelle: repräsentative Umfrage des Unabhängigen Instituts für sozialökonomische und politische Forschung vom 2. bis 12. 6. 2011, <http://iiseps.org/data11-161.html>

Grafik 5: Was denken Sie über die Bereitschaft der Menschen in Belars, ihre politischen Ansichten zum Ausdruck zu bringen? (%)



Quelle: repräsentative Umfrage des Unabhängigen Instituts für sozialökonomische und politische Forschung vom 2. bis 12. 6. 2011, <http://iiseps.org/data11-161.html>

Chronik vom 27. Juli bis zum 26. September 2011

27.7.2011	Eine Delegation der chinesischen Volksbefreiungsarmee trifft in Minsk zu Gesprächen ein. Die Vertreter des Militärs beider Länder beraten über die belarussisch-chinesische Zusammenarbeit, unter anderem im Bereich der Militärausbildung.
27.7.2011	Belarussische Behörden verweigern Marek Migalski, Mitglied des Europäischen Parlaments, der die Patenschaft für den politischen Gefangenen Dsmityj Bandarenka übernommen hat, die Einreise nach Belarus.
28.7.2011	In der Presse wird bekannt, dass in Belarus zwei Todesurteile vollstreckt worden sind, ungeachtet der Tatsache, dass sich beide Gefangenen an den UN-Menschenrechtsausschuss gewandt hatten und dieser daraufhin die belarussische Regierung gebeten hatte, die Vollstreckung der Todesurteile auszusetzen, bis der Ausschuss sich mit den beiden Fällen befassen könne. Die Vorsitzende des Ausschusses, Zonke Zanele Majodina, erklärt dies als eine Verletzung der internationalen Verpflichtungen Belarus'. Der Pressesekretär des belarussischen Außenministeriums, Andrej Sawinytsch, nennt diese Erklärung unbegründet.
29.7.2011	Jacek Protasiewicz, Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu Belarus des Europäischen Parlaments, erklärt, die Situation mit dem politischen Gefangenen Dsmityj Bandarenka könne die Entscheidung über die Verschärfung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Belarus beträchtlich beeinflussen. Dsmityj Bandarenka, ehemaliger Mitarbeiter des Wahlstabes des Ex-Präsidentschaftskandidaten Andrej Sannikau, wurde wegen des Vorwurfs der Organisation von Massenunruhen am Wahlabend zu zwei Jahren Haft verurteilt und überstand am 26. Juli eine komplizierte Wirbelsäulen-Operation. Trotz der ärztlichen Empfehlung zur stationären Rehabilitation droht ihm der Rücktransport ins Gefängnis.
29.7.2011	Der belarussische Ministerrat gibt bekannt, dass er einen Antrag auf Änderung des Gesetzes »Über die Massenveranstaltungen in der Republik Belarus« gestellt hat. Die besagte Änderung soll den Begriff der Demonstration erweitern und somit das unangekündigte bzw. unerlaubte organisierte Schweigen und Untätigsein für gesetzwidrig erklären.
1.8.2011	Der russische Verein Slawjanka demonstriert vor der US-Botschaft in Moskau gegen die europäischen und US-amerikanischen Sanktionen gegen Belarus.
2.8.2011	Eine Gruppe von US-amerikanischen Senatoren fordert den Finanzminister Timothy Geithner auf, gegen die Gewährung eines IWF-Kredites an Belarus aufzutreten.
2.8.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka kündigt an, dass zum 1. Januar 2012 ein Komitee für Ermittlungsverfahren gegründet werden soll. Dieses Komitee soll als ständige Behörde direkt dem Präsidenten unterstellt sein und kontinuierlich die von anderen Behörden durchgeführten Ermittlungen überwachen.
2.8.2011	Der polnische Außenminister Radosław Sikorski fordert den belarussischen Präsidenten auf, Verhandlungen über eine »friedliche Machtübergabe« zu beginnen. Der Pressesekretär des belarussischen Außenministeriums, Andrej Sawinytsch, kommentiert die Aussage als »exotisch« und »lächerlich«.
3.8.2011	Janez Lenarčič, der Vorsitzende der OSZE-ODIHR (Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE), kritisiert die belarussische Regierung wegen der angekündigten Änderung des Gesetzes »Über die Massenveranstaltungen in der Republik Belarus«, das die Versammlungsfreiheit beschränke.
4.8.2011	Der Pressedienst der Europäischen Kommission berichtet, die Europäische Kommission gehe auf die litauische Besorgnis um das künftige belarussische Atomkraftwerk an der Grenze zu Litauen ein und erarbeite spezielle Sicherheitsstandard- und Umweltbelastungsteste für das neue AKW.
4.8.2011	Der Vorsitzende des Menschenrechtszentrums Wjasna, Ales Bjaljacki, wird wegen angeblicher Steuerhinterziehung inhaftiert. Das Europäische Parlament und die internationale Öffentlichkeit fordern die belarussische Regierung auf, den Menschenrechtler frei zu lassen.
5.8.2011	Das litauische Justizministerium, das der belarussischen Seite die Informationen über die litauischen Bankkonten der belarussischen oppositionellen Organisationen auslieferte, erklärt die einstweilige Einstellung der Rechtshilfe für das belarussische Regime. Die Rolle des Justizministeriums Litauens bei der Verhaftung von Ales Bjaljacki wird zu einem internationalen Skandal.
5.8.2011	Die hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, fordert die belarussische Regierung auf, die Gründe für die Festnahme des Menschenrechtlers Ales Bjaljacki umgehend zu klären.
6.8.2011	Der Pressesekretär des belarussischen Außenministeriums, Andrej Sawinytsch, erklärt, Belarus bestehe auf einer objektiven Untersuchung zu Ursachen und Umständen des Todes des polnischen Politikers Andrzej Lepper. Andrzej Lepper, Gründer und Vorsitzender der Partei Samoobrona, wurde am Abend zuvor in der Warschauer Parteizentrale erhängt aufgefunden.

8.8.2011	Die oppositionelle Journalistin Natalja Radina gibt bekannt, dass sie sich um Asyl in Litauen beworben habe, um ihre journalistische Tätigkeit in Vilnius fortzusetzen. Radina war im Dezember 2010 aufgrund des Vorwurfs der Organisation von Massenunruhen am Wahlabend verhaftet, anschließend jedoch für die Zeit des Ermittlungserfahrens mit der Auflage einer Meldepflicht freigelassen worden. Am 30. März nutzte sie eine Gelegenheit zur Flucht nach Moskau.
9.8.2011	Als Reaktion auf die Preisgabe der Informationen über die litauischen Bankkonten des Menschenrechtlers Ales Bjaljacki an Belarus durch das litauische Justizministerium erklärt sich der Rat Litauischer Rechtsanwälte bereit, den belarussischen Menschenrechtlern und ihren Familien Rechtshilfe zu leisten.
9.8.2011	Der Generalsekretär der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, Nikolaj Bordjuscha, und der Staatssekretär des Unionsstaates, Pawel Borodin, unterzeichnen in Moskau ein Memorandum über strategische Zusammenarbeit.
10.8.2011	Der Pressesekretär des belarussischen Außenministeriums, Andrej Sawinytsch, und der Pressesprecher des Staatlichen Militär-Industrie-Komitees der Republik Belarus, Wladimir Lawrenjuk, dementieren die in der Presse aufgetauchten Meldungen über angebliche Waffenlieferungen an die pakistanischen terroristischen Gruppen Tehrik-e-Taliban Pakistan (TTP) und Lashkar-e-Taiba (LeT).
10.8.2011	Die Minsker Staatsanwaltschaft lehnt die Einleitung eines Verfahrens zum Mordanschlag auf den Ex-Präsidentschaftskandidaten Uladsimir Njakljajeu ab. Njakljajeu und seine Anhänger wurden am Wahltag des 19. Dezember 2010 überfallen und Njakljajeu wurde dabei schwer verletzt.
11.8.2011	Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka trifft in Kasachstan zum informellen Gipfeltreffen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit ein.
11.8.2011	Polen verweigert Mikalaj Tschjarhinez, dem Vorsitzenden des Belarussischen Schriftstellerverbandes, und Michail Orda, dem Abgeordneten der Belarussischen Repräsentantenkammer, die Einreise nach Polen zur Beerdigung des polnischen Politikers Andrzej Lepper.
11.8.2011	Die Generalstaatsanwaltschaft von Polen bestätigt die Weitergabe von Informationen über die polnischen Bankkonten von 17 belarussischen Staatsbürgern an die belarussische Regierung, unter anderem von dem Menschenrechtler Ales Bjaljackij.
11.8.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka begnadigt neun Regimekritiker, die am Wahlabend des 19. Dezember 2010 wegen der Teilnahme an Massenprotesten verhaftet worden waren.
11.8.2011	Die EU verhängt ein Einreiseverbot gegen die stellvertretende Justizministerin Belarus' Alla Bodak.
12.8.2011	Der belarussische Erdölkonzern Belneftchim bezeichnet die Sanktionen des US-amerikanischen Finanzministeriums gegen Belarus als »unredliche Konkurrenz«.
15.8.2011	Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka trifft mit einer offiziellen Delegation in Katar ein. Thema der Verhandlungen ist die bilaterale Zusammenarbeit im Bereich Wirtschaft und Handel.
15.8.2011	Parallel zum Treffen des belarussischen Ministerpräsidenten Michail Mjasnikowitsch mit seinem russischen Kollegen Wladimir Putin findet in Moskau eine Tagung des Ministerrates des Unionsstaates statt. Die Hauptthemen sind das Budget des Unionsstaates 2012 und die russisch-belarussische Zusammenarbeit in den Bereichen Atomenergie, Ölverarbeitung, Automobilindustrie sowie gemeinsame Investitionsprojekte.
17.8.2011	Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka und der venezuelische Präsident Hugo Chaves besprechen während eines Telefonats die bilateralen Beziehungen.
17.8.2011	Die Generalstaatsanwaltschaft von Polen erklärt angesichts der Festnahme des belarussischen Menschenrechtlers Ales Bjaljacki die einstweilige Einstellung der Rechtshilfe für das belarussische Regime.
18.8.2011	Die Republik Belarus erklärt die Anerkennung der Republik Südsudan als einen souveränen und unabhängigen Staat.
19.8.2011	Der Pressesekretär des belarussischen Außenministeriums, Andrej Sawinytsch, erklärt, Belarus friere die gemeinsamen US-amerikanisch-belarussischen Projekte im Bereich Urananreicherung ein. Als Vorwand dienen die wirtschaftlichen Sanktionen des US-Finanzministeriums gegen Belarus.
22.8.2011	Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka und der russische Präsident Dmitrij Medwedew erklären während des bilateralen Treffens im russischen Sotschi, die russisch-belarussischen Beziehungen entsprechen nicht dem Status einer strategischen Partnerschaft. Im Rahmen dieses Treffens erarbeiten beide Staatsoberhäupter Maßnahmen zur Intensivierung der russisch-belarussischen Zusammenarbeit.

23.8.2011	Die Strafverfahren gegen Anatol Ljabezka, den ehemaligen Leiter des Wahlstabes des Ex-Präsidenten Jaraslau Ramantschuk, gegen Uladsimir Kobez, den ehemaligen Leiter des Wahlstabes des Ex-Präsidenten Andrej Sannikau, sowie gegen die Journalistin Natalja Radina werden »wegen Mangel an Beweisen« eingestellt. Die genannten Personen waren aufgrund des Vorwurfs der Organisation von Massenunruhen am Wahltag des 19. Dezember 2010 strafrechtlich verfolgt worden.
26.8.2011	Eine offizielle Delegation der Republik Indien unter Leitung des stellvertretenden Außenministers Sanjay Singh trifft zu Besuch in Belarus ein. Während der Visite wird über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit in Politik, Wirtschaft, Handel und im Bereich internationale Beziehungen beraten.
26.8.2011	Das Strafverfahren gegen den Ex-Präsidenten Rygor Kastusjeu wird »in Ermangelung des Straftatbestandes« eingestellt.
29.8.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka ruft die oppositionellen Politiker in Belarus sowie die Vertreter aus der EU und Russland auf, über die Situation in Belarus an einem Runden Tisch zu beraten. Die Zukunft Belarus' solle nicht auf den Straßen oder Barrikaden, sondern durch einen Dialog entschieden werden, so Lukaschenka. Der Pressedienst der hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton erklärt daraufhin, ohne die Freilassung und Rehabilitation aller politischen Gefangenen sei ein Dialog mit dem belarussischem Regime nicht möglich. Ähnlich reagieren die Vertreter der belarussischen Opposition.
30.8.2011	Der Generalsekretär der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, Nikolaj Bordjuscha, kommentiert die Ergebnisse des Gipfeltreffens der OVKS als einen »wahren Durchbruch«. Im Rahmen des Treffens wurden Vereinbarungen zur Modernisierung der Ausrüstung der Einsatzkräfte, zur Bekämpfung des Drogenhandels sowie zur Stärkung der informationellen Sicherheit getroffen.
1.9.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka begnadigt vier weitere Regimekritiker, die wegen der Teilnahme an Massenprotesten am Wahlabend des 19. Dezember 2010 verhaftet worden waren.
2.9.2011	Der belarussische Ministerpräsident Michail Mjasnikowitsch leitet die belarussische Delegation beim GUS-Gipfeltreffen in Duschanbe. Er erklärt, Belarus bewerte die Perspektiven der GUS-Entwicklung positiv.
2.9.2011	Eine belarussische Delegation nimmt am Seminar der Partnerstaaten für die Östliche Partnerschaft in Schweden teil. Das Ziel des Seminars ist ein Erfahrungsaustausch im Bereich Außenhandelspolitik mit der EU.
5.9.2011	Der belarussische Journalistenverband wendet sich erneut mit einem Schreiben an die OSZE-Medienbeauftragte Dunja Mijatović, in dem die EU-Sanktionen gegen belarussische Journalisten kritisiert werden.
6.9.2011	Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk trifft sich in Warschau mit Vertretern der belarussischen Opposition.
8.9.2011	Der polnische EU-Vorsitz lädt den stellvertretenden Finanzminister Belarus', Anton Kudasow, offiziell zum ersten Business-Forum der Östlichen Partnerschaft ein. Die Teilnahme Belarus' an dem ÖP-Programm war wegen der politischen Verfolgung von Regimekritikern bis vor Kurzem ungewiss.
8.9.2011	Litauen gewährt der oppositionellen Journalistin Natalja Radina Asyl.
9.9.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka dementiert während einer Pressekonferenz seine Aussage über die Bereitschaft zu einem Dialog mit der Opposition. Die Beziehungen zum Westen sollen allerdings weiter aufgebaut werden, so Lukaschenka.
9.9.2011	Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka erklärt, die politisch motivierten Bedingungen des IWF für die Gewährung eines Kredites – wie z. B. die Forderung der Freilassung aller politischen Gefangenen – seien für eine internationale Finanzorganisation unakzeptabel.
15.9.2011	Der stellvertretende US-Staatssekretär für Demokratie und Menschenrechte, Thomas O. Melia, erklärt, die USA bestehen weiterhin auf der Freilassung und der vollständigen Rehabilitierung aller politischen Gefangenen in Belarus.
15.9.2011	Das Europäische Parlament beschließt eine Resolution zur Forderung der Freilassung des Menschenrechtlers Ales Bjaljacki. Die besagte Resolution soll den Druck auf das belarussische Regime erhöhen.
16.9.2011	Der Vorsitzende der belarussischen Vereinten Bürgerlichen Partei (VBP), Anatolij Lebedko, trifft sich in Washington mit US-Senator John McCain. Das Thema des Gesprächs ist die aktuelle Menschenrechtssituation in Belarus.

17.9.2011	Eine parlamentarische Delegation aus China unter Leitung des Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses, Wu Bangguo, trifft in Minsk ein. Im Rahmen der viertägigen Visite soll über die chinesisch-belarussische Zusammenarbeit beraten werden. Beide Seiten erwarten neue Impulse für eine strategische Partnerschaft zwischen den Ländern.
19.9.2011	Präsident Aljaksandr Lukaschenka erklärt, China sei ein wichtiger strategischer Partner Belarus', und spricht der chinesischen Delegation seine Anerkennung der Unterstützung Chinas bei der Stabilisierung der makroökonomischen Situation in Belarus aus, vor allem durch direkte Investitionen und Vorzugskredite.
21.9.2011	Litauen schlägt der EU vor, gegen 18 weitere belarussische hochstehende Beamte, die für die politische Verfolgung der Menschenrechtsorganisation Wjasna verantwortlich seien, ein Einreiseverbot zu verhängen.
21.9.2011	Die Delegation der belarussischen Parlamentarier nimmt an der 32. Interparlamentarischen Versammlung des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN) teil, die vom 18. bis zum 24. September 2011 in Phnom Penh stattfindet. Die belarussische Delegation hat Beobachter-Status und will die Beziehungen Belarus' zu den südostasiatischen Staaten intensivieren.
23.9.2011	Der belarussische Außenminister Siarhej Martynau ist offiziell zum Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft eingeladen. Das zweite Gipfeltreffen der ÖP findet am 29. und 30. September 2011 in Warschau statt.
23.9.2011	Der polnische Außenminister Radosław Sikorski erklärt während des Treffens mit dem Journalisten Andrej Potschobut, Polen werde weiterhin die Stabilisierung der Zivilgesellschaft in Belarus unterstützen. Potschobut, der Grodnoer Korrespondent der polnischen Gazeta Wyborcza, wurde wegen eines Verleumdungsvorwurfes von Aljaksandr Lukaschenka zu drei Jahren Haft mit einem Aufschub von zwei Jahren verurteilt. Seine Entlassung sei dem Druck von polnischer Seite zu verdanken.
23.9.2011	Der Gasprom-Chef Alexej Miller trifft sich in Minsk mit dem belarussischen Ministerpräsidenten Michail Mjasnikowitsch zu Verhandlungen über die Bedingungen des Transportes für russisches Gas durch das Territorium Belarus'.
26.9.2011	In Warschau wird feierlich das Belarussische Haus eröffnet, das zu einer Konsolidierung der belarussischen Diaspora in Polen beitragen soll. Über die Organisation von kulturellen Veranstaltungen und Bildungsmaßnahmen hinaus wird das Haus belarussischen Staatsbürgern, die unter politischen Repressionen in Belarus gelitten haben, rechtliche Unterstützung anbieten.

Zusammengestellt von Galina Widrich

Die Belarus-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. und Internationales Bildungs- und Begegnungswerk, Dortmund

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Judith Janiszewski, Heiko Pleines, Astrid Sahn, Martin Schön

Satz: Matthias Neumann

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

ISSN 2192-1350 © 2011 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Belarus Perspektiven

- Seit mehr als zehn Jahren berichten die **Belarus Perspektiven** aus einem fast unbekanntem Land. Uns lesen Initiativen und Politiker, Journalisten und Unternehmer – all jene, die in Belarus etwas bewegen wollen.
- Durch unsere kritischen Berichte und Analysen sind unsere Leser nicht nur auf dem neuesten Stand – sie erfahren auch, was hinter den Kulissen geschieht.

**IBB**

Internationales
Bildungs- und
Begegnungswerk

- Autoren der Belarus Perspektiven sind namhafte belarussische Journalisten, unabhängige Medienvertreter, Wirtschaftsexperten und zivilgesellschaftliche Akteure.
- Die Zeitschrift erscheint **vierteljährlich** und kostet inklusive Versand **15,- € im Jahresabonnement**.
- Zu beziehen sind die Belarus Perspektiven beim IBB in Dortmund bzw. online unter <http://www.ibb-d.de/publikation-anfordernhtml.html>
- **Ältere Ausgaben** der Belarus Perspektiven finden Sie im Archiv als pdf-Datei zum **Download**, <http://www.ibb-d.de/bp-archiv.html>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de